

DAS INTERVIEW

Der Koalitionsausschuss der rot-rot-grünen Koalition hat sich darauf verständigt, das Modellprojekt zur Weiterentwicklung der Thüringer Grundschule, das einen Betrieb der Horte unter kommunaler Hoheit beinhaltet, zum 31. Juli 2016 zu beenden. Die Einigung hat zur Folge, dass den betroffenen Horterzieherinnen – Gesamtumfang 700 Stellen – ein Beschäftigungsangebot des Landes unterbreitet wird.

Die Rücknahme der Horte durch das Land garantiert eine einheitliche Bezahlung und Tarifgestaltung für alle Erzieherinnen und Erzieher in Thüringen. Wie bewertest Du diese Entwicklung?

Das Verhandlungsergebnis ist wichtig zur Weiterentwicklung der Thüringer Grund- und Gemeinschaftsschulen zu Ganztagschulen. Es darf nicht die Zufälligkeit des Wohnortes darüber bestimmen, ob ein Kind beste Entwicklungsmöglichkeiten, wie sie eine Ganztagschule bietet, erhält. Damit hat sich die Landesregierung zu ihrer Verantwortung für einheitlich hohe Bildungsstandards für alle Kinder bis 10 Jahre bekannt.

Etwa zwei Drittel der Horte befinden sich in kommunaler Trägerschaft, nicht alle fanden das schlecht.

Seit 2008 konnten Thüringer Kommunen und Landkreise die Horte in eigene Trägerschaft übernehmen. Allerdings schwankte die Qualität zwischen den einzelnen Kommunen erheblich. Das Ziel, flächendeckend ein gutes Ganztagsschulangebot zur Verfügung zu stellen, sehen wir als LINKE damit nicht gewährleistet. Vielmehr ist die Rückführung der Horte an das Land im Sinne gleicher Bildungschancen für al-

Erfolgsmodell Ganztagschule

NACHGEFRAGT beim Bildungspolitiker MdL Torsten Wolf

le Kinder. Das Bildungsministerium ist jetzt beauftragt, dazu ein Konzept vorzulegen, welches mit den Gewerkschaften abgestimmt sein sollte. Uns ist sehr wichtig, dass die Beschäftigungsumfänge der Kommunalbeschäftigten gewährleistet sind und die Unsicherheit durch die Entfristung der Ver-

seien. Ebenso wie im Bildungsausschuss des Landtages, wo Frau Muhsal aus ihrer Agonie nur zu erwachen vermag, wenn es gegen Flüchtlinge – wie zuletzt unbegleitete Minderjährige – zu hetzen gilt, begrenzt sich ihr Erkenntnisinteresse scheinbar auch bei Kleinen Anfragen nur darauf, wie sie damit gegen geflüchtete Menschen vorgehen kann.

Der Bildungsausschuss im Landtag hatte sich mit der Thematik beschäftigt. Mit welchem Ergebnis?

Die Kommunen als Schulträger gehen sehr verantwortungsvoll mit der Belegung von Sporthallen als vorübergehende Flüchtlingsunterkunft um. Zur Vermeidung von Unterrichtsausfall werden alle zusätzlichen Möglichkeiten, wie Sport im Freien und andere Hallen, genutzt. Auch wurde festgestellt, dass nur wenige Kommunen, meist solche mit angespannter Wohnungslage wie die Stadt Jena, betroffen sind. Nach den Zahlen aus dem Bildungsministerium sind lediglich 0,128 Prozent der Sportstunden bis Anfang Dezember 2015 wegen Belegung der Sporthallen mit Flüchtlingen ausgefallen. Von den 811 staatlichen Schulstandorten in Thüringen sind nur zwölf Schulsportstätten betroffen.

Schulleiter und Lehrkräfte leisten ihr Bestes zur gelingenden Integration von Flüchtlingskindern. Dabei erhalten sie Unterstützung durch die demokratischen Fraktionen des Landtags. Die AfD hingegen leistet sich in Person von Frau Muhsal eine Abgeordnete, die offensichtlich weder Geist noch Inhalt der Landesverfassung und des Schulgesetzes kennt und entsprechend auch nicht vertritt. Anders ist ihre verbale Entgleisung, dass die vorübergehende Nutzung von Schulsportstätten als Flüchtlingsunterkünfte ‚zu Lasten deutscher Schulkinder‘ gehen würde, nicht zu erklären.

Für Negativ-Schlagzeilen hat die geplante Gebührensteigerung für Internatsplätze an den fünf Thüringer Spezialgymnasien gesorgt. Was sagt die LINKE dazu?

Auch bei diesem Thema steht für uns die soziale Ausgewogenheit im Mittelpunkt. Wir wollen eine soziale Staffelung, die es definitiv ausschließt, dass ein Kind die gewünschte Schule aus finanziellen Zwängen heraus nicht besuchen kann. Die Anpassung der Internatsgebühren an die Kostenentwicklung soll mit Beginn des nächsten Schuljahres im Herbst erfolgen. Sollte die gegenwärtige Form der Gebührengestaltung, die ja bestimmte soziale Aspekte berücksichtigt, diese Ausgewogenheit nicht leisten können, sind alle drei Koalitionsparteien für einen Dialog mit den Eltern offen. Wir als LINKE sind darüber mit den Eltern im Gespräch.



träge beendet wird. Nur so können sich die Grund- und Gemeinschaftsschulen in Ruhe weiter zu guten Ganztagschulen entwickeln.

Anderes Thema: Der Ausfall von Sportunterricht wurde kontrovers diskutiert. Worum ging es?

Ausgangspunkt war die unsäglich Kritik der AfD-Landtagsabgeordneten Wiebke Muhsal, dass aufgrund der Unterbringung von Flüchtlingen in Sporthallen „deutsche Kinder“ benachteiligt

Unterstützung für Gedenkstättenfahrten

In Thüringen werden Schülerfahrten zu Gedenkstätten der ehemaligen NS-Vernichtungslager in Polen zusätzlich unterstützt. Das Bildungsministerium und die Bethe-Stiftung unterzeichneten eine Kooperationsvereinbarung. Danach sollen Schülerfahrten an allen weiterführenden Schulen mit jährlich insgesamt 125.000 Euro gefördert werden. Thüringens Bildungsministerin Birgit Klaubert (LINKE) unterstrich: „Mir ist wichtig, dass sich Schüler an authentischen Orten mit den Verbrechen des Nationalsozialismus beschäftigen. Hier erfahren sie, wie die NS-Vernichtungsmaschinerie gearbeitet hat. Das ist eine wichtige Ergänzung zum Unterricht. Die Vergangenheit verstehen, um für die Zukunft zu lernen – das ist unser Ziel.“

Die Förderung beginnt am 1. Juli 2016 und ist zunächst auf ein Jahr angelegt. Das Bildungsministerium und die Bethe-Stiftung streben insgesamt eine fünfjährige Laufzeit der Kooperation an. „Die Reise an einen ehemaligen Vernichtungsort im heutigen Polen be-

wegt jeden Besucher nachhaltiger, als das beste Geschichtsbuch es jemals könnte“, sagt Peter Junge-Wentrup, Geschäftsführer des Internationalen Bildungs- und Begegnungswerks Dortmund, das im Auftrag der Stiftung und des Ministeriums mit der Organisation der Fahrten beauftragt ist. „Junge Menschen finden gerade an diesen Erinnerungsorten unschätzbar wichtige Impulse für ein Lernen aus der Geschichte für eine gemeinsame Zukunft in Europa. Fahrten an die Orte dieser unvorstellbaren Verbrechen werden nach unserer Überzeugung künftig eine noch größere Rolle in der Erinnerungsarbeit spielen.“

Die Kooperationsvereinbarung unterstützt Besuche der Gedenkstätten Auschwitz, Majdanek, Treblinka, Belzec, Sobibor und Kulmhof/Chelmno. Das Land will darüber hinaus Fortbildungsangebote zur Gedenkstättenarbeit für Lehrerinnen und Lehrer unterbreiten und die Schulen bei der Konzeptentwicklung von Gedenkstättenfahrten unterstützen.

KURZ UND PRÄGNANT

Mehr Mitbestimmung an den Hochschulen

Zum jetzt begonnenen Hochschuldialog erklärte MdL Christian Schaft: „Thüringen braucht dringend eine Demokratisierung seiner Hochschulen. Rot-Rot-Grün zeigt mit der breitestmöglichen Beteiligung aller Akteure Weg und Zielrichtung der anstehenden Gesetzesnovellierung.“ Ausgehend vom beschlossenen Antrag der Regierungsfractionen gibt es eine ganze Reihe von Diskussionsveranstaltungen zu verschiedenen hochschulrelevanten Themen. Die umfassende Novelle des Thüringer Hochschulgesetzes steht dann für 2017 auf dem Plan. „Wir wollen neben dem Schwerpunkt der Demokratisierung entscheidende Schritte in weiteren wichtigen Bereichen gehen: Gute Arbeit in der Wissenschaft, Verbesserung von Studienbedingungen, Öffnung der Hochschulen, Gleichstellung und Inklusion, Friedens- und Sozialklauseln. Ich freue mich sehr auf eine breite und spannende Debatte, bei der allein wir aber nicht stehen bleiben wollen. Denn am Ende zählen die konkreten Verbesserungen im Gesetz zur Stärkung der Mitbestimmung der Mitglieder und Angehörigen der Hochschulen“, erläuterte der LINKE Hochschulpolitiker.

Interessant war's besonders im Landtag



Verabschiedung der Praktikantin Marie Müller im Wahlkreisbüro der Landtagsabgeordneten Ina Leukefeld (im Foto mit Wahlkreismitarbeiterin Ilona Burandt). Marie ist Schülerin der 10. Klasse mit Interesse an linker Politik. Begeistert berichtete sie: „Ich bekam ein vielfältiges Aufgabenfeld zu sehen, besuchte den Landtag und das Thüringenhaus, fertigte Flyer und Poster an, bereitete das Erwerbslosenfrühstück mit vor und hielt eine Rede über Rosa Luxemburg. Insbesondere die Besuche im Landtag waren interessant, es war spannend zu beobachten, wie komplex Themen behandelt werden.“